



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 23. August 2011
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Stefan Spallek (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr	Ende: 19:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 16/11, 17/11, 19/11

(Drucksachenband 160)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0046 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0047 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 07.06.2011 wird genehmigt.

Einstimmig

Die Punkte 2 bis 5 (Beschlussnummern 0048 bis 0051 werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt. Zu dem Themenkomplex sind Kriminaldirektor Müller, Polizeihauptkommissarin Bopp, Jugendrichter Jürgen Fehr vom Amtsgericht Wiesbaden und Frau Enders vom Bezirkssozialdienst anwesend.

0048 11-F-05-0002

Bericht der "AG Jaguar" über integrationsspezifische Aspekte bei Straftaten durch Jugendliche - Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 31.05.2011 -
HIER: Diskussionsrunde mit Vertreter/innen der Polizei, des Gerichts und des Bezirkssozialdienstes -

Polizeidirektor Müller, Leiter der Polizeidirektion Wiesbaden berichtet, dass es zwar umfangreiche Statistiken über Kriminalfälle gäbe, aber keine Statistiken über Beteiligte mit Migrationshintergrund. Es sei für die Polizei auch weniger von Bedeutung, ob Deutsche oder Nicht-Deutsche an den Kriminalfällen beteiligt seien, man kümmere sich immer um den Einzelfall. Es gäbe auch keine Untersuchungen über den Zusammenhang von Migration und Kriminalität. Man könne aber von rd. 35 % nicht-deutscher Tatverdächtiger ausgehen, hierbei handele es sich aber um eine Schwankungsgröße.

Stv. Schickel fragt nach, ob es Einschätzungen gäbe, ob bildungsferne Jugendliche oder weibliche/männliche Jugendliche eher an Straftaten beteiligt seien.

Lt. Herrn Müller ist die Beteiligung von weiblichen Jugendlichen grundsätzlich geringer, aber es käme auch auf das Delikt an - bei Ladendiebstahl sind mehr weibliche Jugendliche beteiligt.

Stv. Dr. von Poser bestätigt, dass der Polizeipräsident Westhessen im Presseclub die gleiche Auffassung vertreten habe. Wenn man Jugendkriminalität bekämpfen wolle, wäre vielleicht eine genauere Betrachtungsweise besser - man wolle doch die Lage verbessern.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Müller erklärt, dass es sich oft um Gruppendelikte handele, die in der Stadt stattfinden. Hier müsse man die Gruppenzusammensetzung beleuchten. Grundsätzlich handele es sich um eine heterogene Zusammensetzung, kein einzelnes Land sei allein vertreten, sondern die Zusammensetzung hänge oft vom Stadtteil ab. Es lasse sich nicht verallgemeinern, wie die Gruppen zusammengesetzt sind. Erfahrungen über einzelne Herkunftsländer gäbe es nicht.

Polizeihauptkommissarin Bopp stellt klar, dass sie keine persönlichen Erfahrungen wiedergeben dürfe. Die Polizei sei dazu da, Sachverhalte objektiv aufzuklären.

Zu den Gruppen teilt sie mit, dass man schon sehr genau wisse, wer sich in der Stadt mit wem zusammentue. Im Moment sei alles ruhig. Wiesbaden sei wie alle anderen Städte auch von Jugendkriminalität betroffen. Es gäbe spontane Treffpunkte, junge Leute träfen sich zum chillen, aber auch daraus könne sich ein Konflikt ergeben. Jugendliche wollen ihren Marktwert testen, es wird provoziert und daraus kann sich eine Straftat ergeben - häufig aus Machtspielen heraus. Gegen Ende 2010/Anfang 2011 hätte es mehrere lockere Gruppen in Wiesbaden gegeben, aber es gäbe in Wiesbaden keine schlimmen Banden. Anfang des Jahres habe es eine schwierige Situation gegeben und man habe mit erhöhter Polizeipräsenz gegengesteuert. Man habe eine Aufklärungsrate von 83 %.

Stv. Weck möchte wissen, ob die Wiesbadener Szene typisch für die Bundesrepublik sei, ob es Abnormitäten oder Besonderheiten gäbe.

Frau Bopp bestätigt, dass die Szene im Moment typisch ist. Vor 3 Jahren hätte es eine schwierige Situation gegeben, man habe 3 Gruppen zerschlagen können.

Man müsse grundsätzlich mit 2 Knackpunkten umgehen:

- die Alkoholproblematik (es werde extrem viel Wodka konsumiert) und
- die erhöhte Brutalität.

In früheren Jahren gab es die Tabugrenze, dass man jemanden, der am Boden lag nicht weiter schlug. Heute gibt es keine Tabus mehr, es wird auch auf den Kopf und die Genitalien eingetreten und das bereite der Polizei zunehmend Sorgen.

Stv. Kaynak berichtet von bundesweiten Studien, die soziale Ausgrenzung und die Familienverhältnisse für die diese Entwicklung verantwortlich macht, wobei Herr Müller davon ausgeht, dass die Studie wahrscheinlich auf Stichproben basiert.

Stv. Apel fragt nach, ob durch die Einrichtung des Hauses für Jugendrecht, in dem die unterschiedlichen Institutionen zusammen untergebracht sind schnellere Unterstützung und eine bessere Vernetzung garantieren.

Das wird von Frau Bopp bestätigt.

Frau Enders (Bezirkssozialdienst) vertritt den Fachbereich, wo Einzelfallhilfe angeboten wird. Dort wird auch die Jugendgerichtshilfe wahrgenommen. Das, was die Jugendhilfe bieten kann, sei unabhängig von der Strafe. Es müssen aber immer die Jugendlichen selber und die Eltern dazu beitragen, dass etwas geändert wird. Dazu seien viele Gespräche erforderlich, denn Verhaltensänderung brauche viel Zeit. Die Arbeit reiche von Gesprächen über intensive Beratung von Familie und Jugendlichen bis zur Herausnahme aus der Familie und Heimunterbringung. Alles würde aber im Einvernehmen mit der Familie durchgeführt.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Jürgen Fehr ist seit 35 Jahren Strafrichter und seit 30 Jahren im Jugendbereich tätig. Er habe einen langjährigen Überblick über sein Wiesbaden und kann sich noch gut an das Problemfeld im Mühlthal erinnern.

Nach seinem gefühlten Eindruck liegt der Anteil der Beteiligten mit Migrationshintergrund bei den Verfahren, die ihn erreichen, bei 70 %. Wenn man das Jugendschöffengericht noch dazu nähme, läge der Anteil noch höher.

Die Delikte reichen von gefährlicher Körperverletzung über Raubüberfällen bis zu räuberischer Erpressung. Es kann durchaus sein, dass die Beteiligten Deutsche sind, aber viele haben einen Migrationshintergrund.

Bei einem Fall von räuberischer Erpressung an der Comeniuschule waren 5 Personen beteiligt, davon waren 2 Italiener, 1 Niederländer mit ghanaischem Ursprung, 1 Syrer und 1 andere Nationalität. Es gibt keine bestimmte Bevölkerungsgruppe, die vorwiegend beteiligt ist - das gehöre der Vergangenheit an.

Man müsse sich auch vor Augen führen, dass die Familien oft vom sozialen Randbereich kämen (Hartz IV, Wohnung in Problemgebieten).

Die Probleme traten früher im Mühlthal auf, verlagerten sich dann z. B. nach Klarenthal. Die Ursachen kann man nicht kurz und knapp beschreiben, es handelt sich um ein vielfältiges Problem, bei dem vor allem bildungsferne Jugendliche beteiligt seien, die oft nicht einmal einen Hauptschulabschluss haben.

Vors. Spallek geht davon aus, dass den meisten Jugendlichen schon bewusst ist, dass sie etwas Falsches tun. Im Gespräch mit Jugendlichen im Gefängnis habe er aber festgestellt, dass der Knast auch als Kick angesehen wird. Dort lerne man Leute kennen, man könne trainieren. Er fragt nach, ob die Gewalt zugenommen habe.

Frau Enders bestätigt, dass die Jugendlichen durchaus wissen, dass sie gegen Regeln verstoßen haben. Aber es gäbe von den Jugendlichen oft nicht einmal eine Entschuldigung. Es gäbe eine kleine Gruppe, die es einfach cool findet und nach außen hin erklärt, dass das Ganze ja gar nichts ausmache, sondern es wird z. T. sogar als Wettbewerb gesehen, schon mal im Knast gewesen zu sein.

Herr Müller berichtet von bundesweiten Erkenntnissen, dass die Gewalt gegen Polizeikräfte auch zugenommen habe. Respekt vor der Polizei gäbe es nicht mehr, Beleidigungen und Widerstandshandlungen nähmen zu. Man versuche, mit mehr Polizisten an die Gruppen heranzugehen.

Herr Fehr wirft ein, dass sich Russlanddeutsche besonders bei Widerstandshandlungen hervortun.

Frau Bopp berichtet weiter, dass die soziale Kompetenz bei dem betreffenden Personenkreis fast völlig fehle. Es herrsche ein sehr rauer Umgangston, den sie in der Sitzung nicht wiedergeben möchte. Nach den Vorstellungen der Jugendlichen sei es auch gerechtfertigt, jemanden zu schlagen oder ihm die Nase zu brechen, wenn er einen anderen Jugendlichen als Hurensohn (Beispiel) bezeichnet habe. Waffengebrauch sei aber noch die Ausnahme. Die Jugendlichen hätten zwar oft Waffen, diese kämen aber nicht häufig zum Einsatz.

Stv. Dumont du Voitel fragt nach der Rolle der Eltern, sind sie bei den Verfahren dabei, sind sie einsichtig, wenn das eigene Kind eine Straftat begangen hat.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Fehr erlebt Eltern sehr selten. Wenn sie dabei sind, wirken sie wenig engagiert. Sie verstehen z. T. gar nicht, was da eigentlich abläuft. Außerdem spielen bei 15- und 16-Jährigen Eltern keine Rolle mehr. Die Eltern haben resigniert und geben auch keine Hilfestellung mehr.

Stv. Schickel haben die Aussagen von Herrn Fehr verdeutlicht, dass die Bildungsferne der Knackpunkt ist. Diese verbindet sich mit dem niedrigen sozialen Status und auch die kulturelle Herkunft spielt eine Rolle.

Er fragt nach Mitarbeitern bei der Polizei mit Migrationshintergrund und möchte von Herrn Tischel wissen, ob sich seine Erfahrungen mit denen der Polizei und Herrn Fehr decken.

Frau Bopp berichtet, dass es bei der Polizei Kollegen mit Migrationshintergrund gibt, die regelrechte Goldstücke in der täglichen Arbeit sind. Sie leisten sehr wertvolle Hilfe, erfassen Hintergründe und Problematiken ganz anders, können z. B. ganz anders auf die Eltern eingehen. Mütter sprechen z. B. immer noch schlecht deutsch - eine ganz ganz schwierige Situation.

Kollegen, die dann die Gemüter beruhigen oder auch mal etwas auch türkisch sagen können, genießen hohes Ansehen und bringen auch die Arbeit weiter.

Herr Tischel berichtet davon, dass seit 10 bis 12 Wochen an 2 Nächten sog. Präsenzstreifen in der Innenstadt, aber auch im Wellritzal eingesetzt sind. Man sei an den Menschen sehr nah dran und möchte ein Sicherheitsgefühl vermitteln. Diese Streifen führten aber nicht unbedingt zu Strafverfahren. Man habe viele Gruppen mit Migrationshintergrund in Wiesbaden, bei denen es einen harten Kern gäbe, der Unsicherheit in der Innenstadt verbreite und keinen Respekt vor Menschen oder Sachen habe. Oft sind diese Personen überrascht, wenn sich ihnen jemand entgegenstellt.

Die Gruppen sind sehr häufig auf Spielplätzen anzutreffen, treffen sich aber ansonsten vom Kulturpark bis zum Kranzplatz an verschiedenen Plätzen. Diese Problematik wird nicht aufhören, denn das Treffen ist ihre Beschäftigung. Sie gehen nicht in Kneipen oder auf Veranstaltungen, sondern treffen sich draußen, um Ärger zu machen.

Stv. Dr. von Poser teilt mit, dass man am Anfang des Gesprächs den Eindruck hatte, wir hätten hier in Wiesbaden eine normale Situation. Im Laufe der Diskussion sei es farbiger geworden. Er weist auf die Kleinkriminalität in der der Nähe des Wellritzales hin. Neuerdings würden durch den dortigen Kiosk Jugendliche angezogen. Das Viertel verlöre an Substanz. Die Idee sei doch, ob man nicht selber etwas tun könne.

Bezugnehmend auf die Äußerung von Herrn Fehr, dass viele der Jugendlichen nicht einmal einen Hauptschulabschluss hätten fragt er nach, ob man nicht die Schulen stärker einbinden könne. Er zitiert Martin Killias, Professor aus Zürich, der meint, dass das Jugendschutzgesetz stärker eingesetzt werden müsste.

An Herrn Fehr richtet er die Frage, ob es Möglichkeiten gäbe, die Verfahren zu beschleunigen, schneller zu verurteilen. Nach seiner Auffassung hätte der Tatverdächtige im Mordfall Senft unter Aufsicht gestellt werden müssen.

Für Herrn Fehr kommen da viele Punkte zusammen. Die jugendgerichtliche Arbeit kommt erst nach Polizei und Staatsanwaltschaft und wird im Moment stark beschleunigt. Aber es gibt auch bei Gericht formale Abläufe, man kann nicht sofort verhandeln. Er verstehe den Unmut der Bürger, wenn ein Täter schnell wieder auf freien Fuß gesetzt wird, das würde ihm als Bürger auch nicht gefallen. Aber das Haftrecht dient lediglich der Sicherung des Strafverfahrens, nicht der Bestrafung. Wenn man da etwas ändern möchte, muss man die Sicherheitspolitik ändern. Die Polizei kann nicht anders - die Jugendlichen haben in der Regel einen festen Wohnsitz, Verdunkelungsgefahr besteht auch nicht, also ist keine Haftanordnung möglich.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

In Bezug auf einen schnellen Ablauf berichtet er von einem aktuellen Fall, in dem 5 Verteidiger tätig sind. Da allein einen Termin abzustimmen ist schon eine Kunst für sich.

Herr Tischel kann die Äußerung, die Jugendschutzbestimmungen müssten verstärkt eingesetzt werden, so nicht stehen lassen. Hier in Wiesbaden würde Einiges investiert. Man mache zwar keine regelmäßigen Razzien, aber bei Veranstaltungen gäbe es immer Einlasskontrollen, man überprüfe die Veranstalter, die Nightliner usw.

Für den Kulturpark gäbe es verstärkt Hinweise, dass minderjährige Mädchen sich dort aufhalten sollen - hier werde zukünftig verstärkt kontrolliert.

Herr Müller weist in diesem Zusammenhang auf Kontrollen in Spielhallen und Gaststätten hin, bei denen gezielt die Jugendschutzbestimmungen kontrolliert werden, die in der Regel eingehalten werden.

Frau Bopp greift den Gedanken, die Schulen mehr einzubinden auf. Es werde zurzeit ein Netzwerk aufgebaut. Man habe aber keinen Einfluss darauf, wie die Schulen ihren Alltag gestalten. Man sei aber in enger Absprache.

Lt. Frau Enders hat die Diskussion deutlich gemacht, dass es ganz unterschiedliche Aspekte gibt, die hier zusammenspielen. Es gäbe aber Ansätze, die Wirkung zeigten. Es fängt in Elternhaus und Schule an - nicht erst bei der ersten Straftat. Man sei sich in den einzelnen Institutionen nicht immer einig, aber man sei in guter Diskussion

Frau Stadträtin Zeimetz stellt klar, dass keiner behauptet, in Wiesbaden sei alles in Ordnung, aber hier sei es nicht anders als in anderen vergleichbaren Städten. Sie bittet auch darum, zur Kenntnis zu nehmen, was in Wiesbaden alles getan werde - hier beschäftigten sich sehr viele Menschen mit Jugenddelinquenz. Die Integrationsabteilung sei noch gar nicht erwähnt worden. Der Anteil derer, die die Schule ohne Abschluss verließen, werde kleiner. Man habe das Problem erkannt und werde jetzt gezielt nach Lösungen suchen. Es soll allen Betroffenen Hilfestellung angeboten werden.

Herr Müller bemerkt, dass es ja oft ein Gefühl sei, ob man sich sicher fühlt oder nicht. Wenn man Städte vergleiche steht Wiesbaden in Hessen gut da. In Darmstadt gäbe es 8.500 Straftaten, in Wiesbaden 8.800, in allen anderen Städten lägen die Straftaten über 9.000 (Frankfurt bei 16.000 und in Kiel bei 12.000).

Die Jugendkriminalität werde in Wiesbaden von der AG Jaguar verfolgt - ein Meilenstein in der Sachbearbeitung; dazu käme das Haus des Jugendrechts, das in Wiesbaden als Pilotprojekt laufe. Die Vernetzung sei großartig. Man sei aber auch darauf angewiesen, dass man Infos aus der Bevölkerung bekomme.

Stv. Manjura ist dankbar für die Beiträge. Sorge mache ihm der Alkoholkonsum. Die erhöhte Gewaltbereitschaft hänge sicher damit zusammen. Er stellt klar, dass es nicht um die Jugend gehe, sondern um Teile der Jugend.

Immer wenn sich Jugendliche in Gruppen treffen, spräche man gleich von Verwahrlosung, aber die Jugendlichen müssen sich einfach irgendwo treffen können. Man wohne heute einfach länger zu Hause bei den Eltern.

Nicht jedes Treffen o. ä. sollte gleich dramatisiert werden. Oft seien es gar keine Jugendlichen mehr, sondern junge Leute von Anfang 20.

Es gab auch früher Überfälle auf dem Weg vom KuK zum Bahnhof. Die jetzt aktuellen 2 Fälle hätten gar keinen Bezug zum Kulturpark, sie hätten auch woanders passieren können.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Man müsse nicht nur an Gefängnisstrafen denken, sondern auch Perspektiven für die Zukunft aufzeichnen.

Herr Tischel greift noch einmal das Alkoholproblem auf. Dies sei bekannt - es gehöre zum Standardprogramm, die ganz Jungen zu kontrollieren. Exzessiver Alkoholkonsum sei altersunabhängig - hier laufe auch ein Programm. Man habe sich um solche Gruppen gekümmert, habe versucht, sie nach Hause zu schicken, sonst wäre in der Nacht vielleicht noch etwas passiert.

Vors. Spallek bedankt sich für die intensive Diskussion. Man habe heute nicht den Stein der Weisen finden wollen, aber gute Ansätze seien da und man stehe nicht schlechter da als andere Städte.

Der Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion hat durch die Diskussion seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

Die Sitzung wird für 10 Minuten in der Zeit von 18.30 Uhr bis 18.40 Uhr unterbrochen.

0049 11-F-07-0009

Jugendschutz / Jugenddelinquenz
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 -
HIER: Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2011 und
gem. Änderungsantrag dazu von CDU und SPD -

Der Antrag der Bürgerliste Wiesbaden hat durch die Diskussion seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0050 11-F-33-0013

Jugendschutz forcieren - erfolgreiche Präventionsarbeit ausbauen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 16.06.2011
-
HIER: Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2011 -

Der Änderungsantrag von Linke&Piraten wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Linke&Piraten abgelehnt.

Der Hauptantrag wird in unveränderter Form wie folgt abgestimmt:

Enth. Linke&Piraten

0051 11-F-05-0003

Prävention von Jugendgewalt

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.05.2011 -
HIER: Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2011 und
gem. Änderungsantrag von CDU und SPD und Änderungsantrag von Linke&Piraten -

Der Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion hat durch die Diskussion seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

Stv. Seipel-Rotter verlässt bei der Abstimmung der Punkte 15 bis 18 (Beschlussnummern 0052 bis 0055 wegen Befangenheit den Saal.

0052 11-V-07-0006

Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände

Einstimmig

0053 11-V-07-0009

Umsetzung des Sicherheitskonzeptes Kulturpark

Einstimmig

0054 11-V-07-0010

Parkordnung Kulturpark, Testphase

Einstimmig

0055 11-V-51-0041

Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände; sozialpädagogische Beiträge

Enth. BLW

0056 11-F-33-0014

Verwaltungslotsen

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.08.2011 -

Stv. Schickel begründet den Antrag und weist auf einen workshop hin, der am kommenden Tag in der FH stattfindet.

Es gäbe die Erkenntnis, dass die Bevölkerung allgemein und Menschen mit Migrationshintergrund im Besonderen Probleme im Umgang mit Behörden hätten. Es gäbe schon rein sprachlich eine Barriere.

**Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Es sollten dezentrale Beratungsdienste eingerichtet werden und dies möglichst kostenneutral, ohne Schaffung neuer Stellen. Man könne sich vielmehr eine ehrenamtliche Unterstützung von ehemaligen Mitarbeiter/innen aus der Verwaltung vorstellen. Es gäbe im Westend schon Ansätze (Migramundi). Dies lässt sich sicher in anderen Stadtteilen auch aufbauen. Dies müsste der Bevölkerung dann auch noch bekanntgegeben werden.

Stv. Seipel-Rotter berichtet, dass seine Fraktion auch mit Migramundi gesprochen habe. Man wolle dort auch Rechtsberatung leisten und dies sei mit ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen nicht machbar. Er plädiert daher für hauptamtliche Mitarbeiter/innen.

Stv. Apel findet es auch gut, wenn Menschen bei Gängen zum Amt geholfen werden könnte. Manche Menschen hätten schon allein wegen eines Besuches beim Amt Angst. Sie arbeite ehrenamtlich bei Kathib. Nicht die Formulare seien das Problem, sondern die Notlage als solche. Sie kann sich aber auch vorstellen, dass ehemalige Verwaltungsbedienstete etwas betriebsblind sind. Sie könne grundsätzliche Bedenken, immer mehr Aufgaben durch Ehrenamtliche wahrnehmen zu lassen, verstehen. Es gehe darum, Menschen mit Hilfebedarf nicht hängen zu lassen. Man wolle ehrenamtlich Tätige mit Migrationshintergrund verstärkt beteiligen.

Lt. Vors. Spallek wird der Änderungsantrag von Linke&Piraten abgelehnt. Sein Hauptaspekt liege auf dem Ehrenamt. Die Unterstützung liege ihm sehr am Herzen. Er weist darauf hin, dass Bürger/innen im Bürgerbüro dort auch von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund betreut werden. Man müsse die Aktivitäten aber auch losgelöst von der Stadt sehen - z. B. beim Finanzamt sei Unterstützung notwendig.
Man könne das Projekt kostenneutral umsetzen.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass es nur möglich sein wird, schnell etwas zu erreichen, wenn man eine kostenneutrale Lösung findet. Der nächste Haushalt wird so zeitnah nicht genehmigt werden, so dass die Annahme des Änderungsantrages eine Beerdigung 1. Klasse wäre.

Stv. Kisseler findet grundsätzlich beide Anträge gut.
Ihm fehlt aber noch ein Bezug zu den Sprachbarrieren und er bittet darum, den Antrag wie folgt zu ergänzen:

1. e) und möglichst darauf zu achten, dass Sprachbarrieren überwunden werden.

Dieser Zusatz wird von Vors. Spallek und Stv. Schickel übernommen.

Herr Berg (Seniorenbeirat) weist darauf hin, dass viele Senioren gern bereit wären, so eine Tätigkeit zu übernehmen. Eigentlich gehört die Vermittlung von Grundbegriffen (Was ist eine Frist?) in die Schulen.

Stv. Schickel wird diese Anregung in den Ausschuss für Schule und Kultur mitnehmen.

Stv. Seipel-Rotter weist darauf hin, dass Rechtsberatung durch Ehrenamtliche nicht gegeben werden darf.

Stv. Apel erklärt, dass man dieses Problem im ehrenamtlichen Bereich immer habe. Man sollte aber nicht aus Angst das Ehrenamt ganz sein lassen.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Änderungsantrag von Linke&Piraten wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Linke&Piraten abgelehnt.

Der Hauptantrag wird in der ursprünglichen Form wie folgt abgestimmt:

Enth. Linke&Piraten

0057 11-F-03-0040

Aufmarsch der JN in Wiesbaden am 28. Mai 2011
- Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2011 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Herr Tischel als Leiter des Ordnungsamtes berichtet dazu, dass die Mahnwache durch Christian Hehl angemeldet war. Man wollte sich ursprünglich vor dem Rathaus versammeln. Die rechtliche Hürde für ein komplettes Verbot der Veranstaltung ist extrem hoch in der Bundesrepublik.

Man müsse sich an die Rechtsgrundlagen halten, weil die Dinge sonst vor Gericht landen und dadurch nichts aufgehoben würde.

Mit den Anmeldern habe man in einem Kooperationsgespräch klargestellt, dass die Innenstadt für die Veranstaltung nicht in Frage kommt. Man kann die Veranstaltung aber auch nicht auf die grüne Wiese verbannen. Auch die NPD habe ein Versammlungsrecht da, wo man die Demo auch sieht. Man habe den Versammlungsort bewusst so gewählt. Die Gegendemos seien in der Regel größer als die eigentliche Veranstaltung.

Es gab keine nennenswerten Zwischenfälle. Der Zugang zum Bahnhof war zwischenzeitlich etwas schwierig, aber nicht dauerhaft verwehrt.

Stv. Dr. Wittkowski stellt klar, dass die Stadtverordnetenversammlung noch so viel beschließen kann - die Rechtsprechung sei eindeutig. Man habe kaum Spielraum. Früher hatte man öfter den Eindruck, dass die Städte die Entscheidung auf die Gerichte verlagern.

Lt. Stv. Seipel-Rotter hätten die Demonstranten in Kastel schon Stress gemacht. Er fragt nach, warum die Fraktionen und der Ortsbeirat nicht wie früher informiert worden wären.

Nach Auskunft von Herrn Tischel gibt es dazu keinerlei Absprachen. Der Oberbürgermeister sei Ordnungsbehörde für das gesamte Stadtgebiet. Er, Tischel, möchte keine Auskünfte über Informationen geben.

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Einstimmig

0058 11-F-08-0028

Derzeitige Flüchtlingssituation in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 17.08.2011 -

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Antrag wird angenommen.

Einstimmig

0059 11-F-08-0029

Abgeordnetenwatch
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 17.08.2011-

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag.

Lt. Stv. Schickel ist der Antrag als Annäherung an das Thema zu verstehen. Es gäbe Probeläufe auf kommunaler Ebene. Darüber könne aber der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration nicht allein die Entscheidung treffen. Er schlägt die Überweisung an den Ältestenausschuss vor.

Stv. Kisseler könnte sich vorstellen, im Ausschuss Bürgerbeteiligung eine Empfehlung zu erarbeiten.

Nach Auffassung von Vors. Spallek wird es keine Mehrheit für die Erarbeitung einer Empfehlung geben. Man habe den Antrag PiWi auch an den Ältestenausschuss weitergegeben.

Der Antrag wird an den Ältestenausschuss überwiesen.

Einstimmig

0060 11-F-03-0053

Fluglärm
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Vors. Spallek schlägt vor, den Antrag an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit zu überweisen, da dieser der Fachausschuss für das Thema ist.

Die Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0061 11-F-03-0051

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

Stv. Kaynak begründet den Antrag. Bisher spiegele sich die Gesellschaft noch nicht in der Verwaltung, obwohl es schon einige Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund gäbe. Er erwartet einen Bericht aus der Verwaltung die Vorlage von Konzepten.

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Er möchte, dass interkulturelle Kompetenz als Schlüsselkompetenz anerkannt wird. Es sollen Hürden abgebaut und z. B. das Sprechen von verschiedenen Sprachen als Kompetenz anerkannt werden.

Lt. Stv. Schickel geht der Antrag in die richtige Richtung. Er möchte die Chancen von Mitarbeiter/innen in der Verwaltung mit Migrationshintergrund stärken.

Er würde den 1. Punkt des Antrages unterstützen, Punkt 2 hält er für überflüssig, denn man renne mit diesem Punkt offene Türen ein. Es gibt Schulungen im Fortbildungsprogramm der Landeshauptstadt Wiesbaden. Ein Dozent wird sogar aus dem Dezernatsbereich VII gestellt. Die Bereitschaft ist da und es werde auch schon eine Fülle gemacht.

Er beantragt getrennte Abstimmung.

Stv. Dr. Wittkowski hält den Punkt 1 auch für in Ordnung und ist gegen den 2. Punkt des Antrages. Man sollte nicht zunächst abwarten, was aus der Verwaltung berichtet wird.

Stv. Dumont du Voitel hat im Stellenteil der Tagespresse Anzeigen der Landeshauptstadt Wiesbaden gesehen, die auf Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund abstellen. Man habe außerdem die Integrationsvereinbarung, in der alles festgelegt sei. Sie halte den Antrag für erledigt.

Frau Rudolph (Amt für Zuwanderung und Integration) nimmt zu dem Antrag Stellung. Man habe 4 Trainer für interkulturelle Kompetenz, alle Mitarbeiter/innen mit Kundenkontakt würden entsprechend geschult - es gäbe keine Mitarbeiter/innen ohne Schulung. Es gäbe Dozenten, die sogar bei der Feuerwehr geschult hätten.

In den Ausschreibungen sei der Hinweis auf interkulturelle Kompetenz Standard.

Man besuche z. B. auch Selbstorganisationen von Migranten/innen, Jugendgruppen usw. und informiert über die Verwaltungsberufe. Die Ausbildungsabteilung unterstütze dabei.

Es werde außerdem jährlich ein Integrationsbericht vorgelegt - dort gäbe es zu diesem Thema ein eigenes Kapitel.

Der Antrag ist durch die heutige Aussprache erledigt.

Einstimmig

0062 11-F-03-0049

Moscheebau in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

Hierzu wird ein schriftlicher Bericht vorgelegt.

Einstimmig

0063 11-F-33-0012

Namen von öffentlichen Einrichtungen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.06.2011
- / Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2011 -
HIER: Besetzung des Sonderausschusses

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

1. Der Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ wird wie folgt besetzt:

Stv. Stefan Spallek
Stv. Dr. Sven-Uwe Schmitz
Stv. Katharina Queck
Stv. Dr. Bernd Wittkowski
Stv. Peter Schickel
Stv. Dr. Rashid Delbasteh
Stv. Christoph Manjura
Stv. Michaela Apel
Stv. Felix Kisseler
Stv. Evrim Kaynak
Stv. Hendrik Seipel-Rotter

2. Im Oktober 2011 wird voraussichtlich die erste Sitzung stattfinden.

Einstimmig

0064 11-F-33-0006

Namen von öffentlichen Einrichtungen
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.05.2011 -

Zur Besetzung des Sonderausschusses s. Beschluss Nr. 0063

Die weiteren Beratungen, Beschlüsse usw. werden ausschließlich unter der Vorlagennummer **11-F-33-0012** gefasst, da die Beschlussfassung unter dieser Vorlagennummer in der Stadtverordnetenversammlung erfolgte.

Einstimmig

0065 06-V-33-0020

Wiesbadener Integrationspreis, HIER: Besetzung der Jury

In die Jury zur Vergabe des Wiesbadener Integrationspreises werden von Seiten des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration folgende Stadtverordnete gewählt:

Stefan Spallek
Peter Schickel
Evrin Kaynak
Hendrik Seipel-Rotter

Bisher stehen als Sitzungstermine der Jury der 05.09. und der 26.09. jeweils um 18.30 Uhr in Raum 18 hier im Rathaus fest.

Die Preisverleihung findet am 24.11.2011 um 19.30 Uhr im Festsaal statt.

Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0066 11-V-33-0003

Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden

Die Beschlussfassung über diese Sitzungsvorlage wird auf die nächste Ausschusssitzung vertagt. Es besteht noch Beratungsbedarf.

Einstimmig

0067 11-V-30-0003

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II
(Mainz-Kostheim)

Einstimmig

0068 11-V-30-0004

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden
VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

Einstimmig

0069 11-V-30-0005

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-
Medenbach

Einstimmig

0070 11-V-30-0006

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I

Einstimmig

0071 11-F-02-0003

Virtuelle Ehrenamtsbörse

Seite 15 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2011 -

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion ist durch die Vorlage des schriftlichen Berichts erledigt.

Einstimmig

0072 11-F-03-0029

Wiesbaden wird Fairtrade Town, Steuerungsgruppe
- Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen -

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist durch die Vorlage des schriftlichen Berichts erledigt.

Einstimmig

0073 08-V-33-0007

Projekt MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden
HIER: mdl. Sachstandsbericht der Dezernentin

Dieser Punkt kommt in der nächsten Ausschusssitzung zum Aufruf.

Einstimmig

0074 Bericht der Dezernentin

Dieser Punkt kommt in der nächsten Ausschusssitzung zum Aufruf.

Einstimmig

0075 Verschiedenes

1. Vors. Spallek weist darauf hin, dass die Kommission zur Vergabe des Ludwig-Beck-Preises am 14.09.2011 zum 1. Mal tagen wird.

2. Vors. Spallek schlägt vor, die Sitzung des Ausschusses am 27.09.2011 in der Ibn-Al-Kathab-Moschee durchzuführen.

3. Der Vorschlag von Stv. Dumont du Voitel, eine Sitzung in dem neu entstandenen Buddhistischen Tempel in Wiesbaden durchzuführen, wird zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen.

Einstimmig

Seite 16 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Anlagen

Wiesbaden, .09.2011

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba